

Patentraub als „Technische Hilfe“

Deutsch-sowjetische Kommissionen — Leicas aus Moskau

Unter der Tarnung technisch-wissenschaftlicher Zusammenarbeit wird gegenwärtig eine Transaktion sowjetzonaler Patente in die Sowjetunion durchgeführt. Eine Tagung der „Deutsch-sowjetischen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ in Moskau, die soeben beendet wurde, hat diesen bisher größten Patentraub durch Verträge beschlossen, die man allerdings nicht offiziell bekanntgegeben hat. Die Sowjetzone verpflichtet sich danach, der Sowjetunion und den Volksdemokratien alle angemeldeten Patente zur kostenlosen Nutzung zu übergeben. Als „Gegenleistung“ soll sie die technischen Pläne für Ausrüstungen von Hüttenwerken, Chemieprodukten und Landmaschinen erhalten. Ab Januar 1955 werden größere Delegationen deutscher und sowjetischer Ingenieure ausgetauscht, um die Anwendung der Patente zu erleichtern.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: Als die Sowjets die Zone besetzten, wurden von ihnen mit dem größten Teil des Maschinenparks auch die wesentlichsten Patente geraubt. In Moskau kam der Opel „Olympia“ als „Mosquitsch“ auf den Markt, sowjetische „Leicas“ überschwemmten den Fernen Osten. Von Zeiss, Jena, wurden Maschinen, Arbeiter und Ingenieure in die Sowjetunion entführt.

Diebstahl wird legalisiert

Die Ausnutzung deutscher Patente durch die Sowjetunion und mehrere Ostblockstaaten wird seit 1945 betrieben. Deutsche Qualitätswaren aller Art gingen mit sowjetischer Fabrikmarke in die Welt. In der Sowjetzone gab und gibt es keine Institution, die einem solchen Diebstahl Einhalt gebieten kann. Inzwischen hat sich jedoch die Deutschlandpolitik der Sowjets — wenigstens äußerlich — geändert. Die Scheinsouveränität der „DDR“ stand plötzlich gegen die Ansprüche des Besatzungsrechts.

Hier wurde mit der „deutsch-sowjetischen Kommission“ ein doppeltes Manöver sanktioniert:

1. Die sowjetzonalen Partner erklärten plötzlich, sie hätten die Patente im Rahmen eines wissenschaftlich-technischen Austausches den Sowjets übergeben. Von der Sowjetunion würden dafür andere Patente den sowjetzonalen Stellen nutzbar gemacht.

2. Facharbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler aus der Sowjetzone können jetzt, ohne daß die Zwangsverpflichtung, wie in den ersten Nachkriegsjahren, offensichtlich wird, im Rahmen von „längeren Studienreisen“ in die Sowjetunion verschickt werden. Die mit der Auflösung der SAG-Betriebe arbeitslos gewordenen sowjetischen Überwacher werden im gleichen Zug als „sowjetische Sachverständigenkommissionen“ wieder in die „völkseigene“ Industrie eingeschleust.

Aber noch ein weiterer Punkt verdient Beachtung. Der sowjetische Patentraub betrifft jene Erzeugnisse, mit denen Deutschland auf den Weltmärkten führend wurde. Noch hat es die Sowjetunion nicht geschafft, alle diese Präzisionsgeräte und chemischen Präparate täuschend ähnlich nachzuahmen. Die jetzt getroffenen Abkommen ver-

pflichten deutsche Fachkräfte zum Aufbau der benötigten Werke in die Gebiete hinter dem Ural.

Und die Gegenleistung?

Wie aber sieht nun die in Moskau ausgehandelte „Gegenleistung“ der sowjetischen Seite aus? Die Zone darf künftig sowjetische Mährescher in Lizenz bauen und — nach der Sowjetunion exportieren. Die Zone wird weiter Kombinationen für Hüttenanlagen produzieren, die sie — auch in die Sowjetunion exportieren darf.

Durchsichtiges Verfahren

Nun ist ein Mährescher und eine Abraummaschine für den Bergbau im Patentwert nicht mit dem einer Leica zu vergleichen. Die Fachleute streiten sich noch heute in der Zonenwirtschaft, ob der Serienbau des „Hanomag“-Traktors nicht bedeutend günstiger wäre als der Lizenzbau des „SIS“. Aber am „Hanomag“ kann die Sowjetunion nichts verdienen, und so werden eben die „SIS“ gebaut, die dann monatelang auf den Feldern umherstehen, weil es keine Ersatzteile gibt.

Das ganze Verfahren ist durchsichtiger, als mancher geschäftstüchtige Schachzug zuvor. Die Folgen aber werden für die sowjetzonale Industrie sehr ungünstig sein. Sowjetische Werke werden künftig — und dies sogar unter Anleitung deutscher Ingenieure — die gleichen Waren auf den Markt bringen wie die Firmen der Zone. Unter der Leitung des Moskauer „Weltwirtschaftsrates“ (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe SEW) steht außer Zweifel, auf welcher Seite hier die Vorteile liegen.

Trauer und Trost

Das Hinscheiden des Bundestagspräsidenten ist in seinen Auswirkungen nicht zu erfassen. Dieser Verlust, den die Bundesrepublik und mit ihr das gesamte Deutschland erlitten hat, bewirkt in uns zunächst Trauer und das erregende Wissen um eine Lücke, die nicht geschlossen werden kann. Man vermag einen Bundestagspräsidenten voll zu ersetzen, einen führenden Parteipolitiker, einen Oberkirchenrat — doch das Fehlen des Menschen Hermann Ehlers wird schmerzlich zu spüren sein, solange diejenigen leben, die ihn kannten und mit seinem Wesen und Wirken vertraut waren. Der leichtfertige Spruch, daß jeder Mensch zu ersetzen sei, vermag hier nicht seinen billigen Trost zu spenden.

Gewiß: sein besonderes Verdienst ist es, dem neuen deutschen Parlament die Würde verliehen zu haben, was er zu verbinden wußte mit einer demgemäßen persönlichen Haltung als Präsident; gewiß: sein nicht minder großes Verdienst ist es, als kirchliche Autorität die evangelischen Christen zur politischen Mitarbeit aufgerufen und veranlaßt zu haben, um eine Zusammenarbeit der Konfessionen in seiner Partei zu erreichen, die sich durch seinen Mund immer wieder zu einer besonderen Verpflichtung aus christlicher Verantwortung bekannte. Aber das, was uns diesen Tod so tragisch empfinden läßt, ist vor allem anderen die schonungslose Gewißheit: hier wurde einer abberufen in einem Alter, das einem Politiker noch nicht die Erfüllung seines Wirkens zu geben vermag.

Hermann Ehlers war mit 50 Jahren einer der wenigen politischen Menschen, die das Wissen und die Erfahrung der Älteren besitzen und gleichzeitig das Wissen, die Erfahrungen, die Gedanken und Empfindungen der Jüngeren kennen, derer nämlich, die, wie er, den Krieg als Soldaten mitmachen und sich als junge Menschen mit der Tyrannei ganz anders auseinandersetzen hatten als diejenigen, die schon im ersten Weltkrieg „erwachsen“ waren. Nicht zuletzt deshalb wandte

sich Ehlers, der selbst aus der Jugendbewegung kam, trotz aller bewußt getragenen und geprägten Würde seines Amtes, immer wieder zur Jugend. Mit ihm fehlt die Persönlichkeit, von der man wußte, daß sie eines Tages das wirklich Fortschrittliche und Weiterführende in der deutschen Nachkriegspolitik aktiviert hätte bei Wahrung aller bisher ermöglichten positiven Entwicklungen und aller Werte echter Tradition.

Was nach dem Tode des Bundestagspräsidenten bleibt, ist somit Sorge und Trauer. Aber auch Trost. Weil nämlich „an diesem Platze ein Mann gestanden hat, der prägende Kraft gehabt hat für das politische Leben dieses Landes und es weiter haben wird!“ Es berührt tief, daß Hermann Ehlers selbst diese Worte wenige Tage vor seinem Tode bei der Trauerfeier für den Ministerpräsidenten Lübke gesprochen hat...

Trauer um Hermann Ehlers

Beileidsbekundungen aus aller Welt

Berlin (Eigenbericht/AP/DPA). Der plötzliche Tod des Bundestagspräsidenten, Dr. Hermann Ehlers, des nach dem Bundestagspräsidenten ranghöchsten Repräsentanten der Bundesrepublik, hat im ganzen Bundesgebiet und Westberlin Trauer und Erschütterung ausgelöst. Auf allen öffentlichen Gebäuden des Bundes und der Länder einschließlich Berlins gingen die Flaggen auf halbmast.

Aus dem In- und Ausland gingen bei der Witwe des Verstorbenen, beim Bundestagspräsidentium und bei der CDU/CSU Beileidsbotschaften ein, in denen Ehlers als ein vorbildlicher Vertreter der jungen deutschen Demokratie und Repräsentant wahren Christentums gewürdigt wird. Bundeskanzler Dr. Adenauer beendete seinen Amerika-Besuch drei Tage früher, um an der Trauerfeier am Dienstag teilzunehmen. Die Beisetzung des Verstorbenen erfolgte am Mittwoch im Beisein seiner nächsten Angehörigen in dem Heidedorf Sülze bei Celle.

In einer Gedenksendung über den Rundfunk sagte Bundespräsident Professor Heuss zum Tode von Dr. Hermann Ehlers: „Wir trauern vor diesem Toten um ein Stück deutscher Zukunft.“

In dem Nachruf des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche, Bischof D. Dr. Otto Dibelius, heißt es u. a.: „Die evangelische Christenheit Deutschlands steht tief erschüttert an der Bahre von Dr. Hermann Ehlers. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der in vorbildlicher Weise die Verbindung von politischer Tätigkeit und charaktervoller christlicher Haltung vor aller Öffentlichkeit bewahrt hat.“

Am 27. Oktober war Ehlers, der seit mehreren Jahren an einer Mandelkerkrankung litt, mit 40 Grad Fieber ins Evan-

gelische Krankenhaus in Oldenburg übergeführt worden. Nach Öffnung eines Mandelabszesses trat eine vorübergehende Besserung ein. Am 28. Oktober hatte der Patient erneut Atembeschwerden, so daß um 19 Uhr ein Luftröhrenschnitt vorgenommen werden mußte. Um Mitternacht traten plötzlich Herzbeschwerden ein, die 15 Minuten später zum Tode führten.

Hermann Ehlers wurde am 1. Oktober 1904 in Berlin geboren und besuchte dort das Gymnasium. Nach Studien an den Universitäten Berlin und Bonn promovierte er zum Doktor der Rechte. Im Jahr 1931 wurde er Justitiar der Notgemeinschaft der Inneren Mission in Berlin. Nach 1933 wirkte Ehlers als Justitiar der Bekennenden Kirche und wurde 1936 Richter. Wegen seines mutigen Eintretens für die Bekennende Kirche ließen ihn die NS-Macht-haber 1937 verhaften. Zwei Jahre später erfolgte seine Entlassung aus dem Staatsdienst. Während des Krieges war er Chef einer Flak-Batterie und zuletzt Abteilungsadjutant. Nach Kriegsende wählte die Evangelisch-lutherische Kirche Ehlers in den Oberkirchenrat. Frühzeitig trat er für CDU bei. Er wurde 1949 in den ersten Bundestag gewählt. Ein Jahr später wählte ihn der Bundestag mit großer Mehrheit zu seinem Präsidenten.

Einheit für Deutschland!

Die USA-Reise des Bundeskanzlers

Berlin (Eigenbericht). Bundeskanzler Dr. Adenauer ist am Dienstag von seiner einwöchigen Reise in die USA nach Deutschland zurückgekehrt. Er brachte mit: 1. den neuen deutsch-amerikanischen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag; 2. die nochmalige Versicherung des amerikanischen Präsidenten Eisenhower, daß das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands mit unverminderter Anstrengung angestrebt wird.

Bei seiner Ankunft in Washington war der Bundeskanzler von US-Außenminister Dulles auf dem Flugplatz begrüßt worden. Dulles erinnerte in seiner Ansprache an seine früheren Begegnungen mit dem Bundeskanzler und sagte: „Je öfter ich ihn sehe, um so mehr bewundere ich seinen Mut, seine Weitsicht und sein staatsmännisches Können.“ Wenige Stunden vor der Ankunft Dr. Adenauers bezeichnete Präsident Eisenhower auf einer Pressekonferenz den Bundeskanzler als „einen der großen Staatsmänner unserer Zeit“.

Der erste politische Höhepunkt des USA-Besuches von Dr. Adenauer war eine Unterredung mit Präsident Eisenhower, in deren Mittelpunkt die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, die Rolle Deutschlands bei der Verteidigung Europas und das Problem der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilverleppten standen.

Beide Staatsmänner betonten abschließend in einer Erklärung, sie hätten „den Geist der Freundschaft und des Vertrauens“ erneuert.

Die Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands wird in der Erklärung von den USA als ein berechtigtes Verlangen des deutschen Volkes anerkannt. Beide Staatsmänner stimmen darin überein, das Ziel der Wie-

dervereinigung nur auf friedlichem Wege, aber mit unverminderter Anstrengung weiter zu verfolgen.

Die Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrages und eine große Rede vor dem „National Press Club“ in Washington kennzeichneten den zweiten Tag des Besuches.

In seiner Rede, die häufig von Beifall unterbrochen wurde, schlug der Bundeskanzler ein Vertragssystem zwischen dem Westen und dem Ostblock vor, das allen Beteiligten Sicherheit vor einer Aggression bietet. Als Voraussetzungen für ein solches Vertragssystem nannte er: Sicherung der Freiheit und des Frie-

dens der westlichen Völker durch einen Zusammenschluß zu gemeinsamer Verteidigung, Schaffung stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse und Gewährleistung menschlicher Freiheit und sozialer Sicherheit.

Der deutsch-amerikanische Vertrag, der im Rahmen einer feierlichen Zeremonie im Außenministerium unterzeichnet wurde, ersetzt den Freundschaftsvertrag von 1923. Er gilt für zehn Jahre.

In New York wurde dem Bundeskanzler im Rahmen eines feierlichen Staatsaktes anlässlich der 200-Jahr-Feier der Columbia-Universität zusammen mit 47 anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (darunter der Königinmutter von England) die Ehrendoktorwürde verliehen.

In dem Verleihungsdiplom wird Adenauer als ein „Freund und Verteidiger der Freiheit“ bezeichnet, der „sich Problemen gegenüber sieht, die in der modernen Staatskunst bisher nicht aufgetreten und die für das weitere Bestehen eines freien Europas lebenswichtig sind“.

Wiedervereinigung als Lehrstoff

Beratungen des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“

Braunschweig (DPA). Der Ausschuß für Erziehungsfragen des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ ist in Braunschweig zu einer Arbeitssitzung zusammengetreten. Er wird sich mit der Frage befassen, welches Material, das dem Gedanken der Wiedervereinigung Deutschlands dient, den Schulen als Unterrichtsstoff zur Verfügung zu stellen ist.

An der Tagung nehmen bekannte Universitätsprofessoren

und Vertreter wissenschaftlicher Institute, die sich mit dem Ostproblem befassen, teil.

Seeschiffe von Blohm & Voß

Hamburg (VWD). Die Hamburger Werft Blohm & Voß, die ehemals größte deutsche Werft, hat die Genehmigung zum Wiederaufbau der Werftanlagen erhalten.

USA helfen bei Wiederaufrüstung

Washington (DPA). Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles haben, wie aus amtlichen Kreisen verlautet, die Versicherung gegeben, daß die USA sich in großem Umfang an der Finanzierung der deutschen Wiederaufrüstung beteiligen werden. Es sei noch zu früh, so wurde betont, eine genaue Summe festzusetzen. Man rechne jedoch in den nächsten drei Jahren mit Bewilligungen von insgesamt drei Milliarden Dollar (12,6 Milliarden DM).

Dr. Adenauer kommt nach Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer wird im November nach Berlin kommen, um in den Wahlkampf einzugreifen und auf öffentlichen Kundgebungen zu sprechen.

Jakob Kaiser erkrankt

Bonn (DPA/Eigenmeldung). Auf ärztlichen Anraten ist Bundesminister Jakob Kaiser zu

einem kurzen Erholungsurlaub nach Badenweiler bei Freiburg gereist.

Hoover nach Deutschland

New York (AP/DPA). Bundeskanzler Adenauer hat den früheren amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover eingeladen, die Bundesrepublik im kommenden Monat zu besuchen. Hoover hat die Einladung angenommen.

Sowjetnote wird abgelehnt

Keine Viererkonferenz im November — Erst freie Wahlen!

London (AP). In London sind am Montag die diplomatischen Beauftragten Großbritanniens, Frankreichs und der USA zu einer ersten Sitzung zusammengetreten, in der sie mit dem Entwurf der westlichen Antwort auf die letzte Note der Sowjetunion begonnen haben. Eine weitere Sitzung folgt am Donnerstag.

Ämtliche Kreise der drei Westmächte haben bereits erklärt, daß der Vorschlag der Sowjetunion, noch im November eine Viermächtekonferenz über Deutschland abzuhalten, abgelehnt werden müsse, da die sowjetische Note auf die Bedingung des Westens für solche Verhandlungen — erst wirklich freie Wahlen in ganz Deutschland — wiederum nicht einging, sondern nur neue Verhandlungen darüber anbot. Die Antwortnote der Westmächte wird mutmaßlich zum Ausdruck bringen, daß Viermächteverhandlungen über Deutschland jederzeit stattfinden können, sobald die Sowjetunion auf die Bedingung eingeht.

Von amtlicher englischer Seite wurde betont, daß die

Ausführungen der sowjetischen Note über gesamtdeutsche Wahlen im Lichte des Ulbricht-Artikels in der Ostberliner Zeitung „Tribüne“ vom 9. Oktober gewertet werden, in dem Ulbricht erklärt hatte, die jüngsten

Wahlen in der Sowjetzone sollten ein Vorbild für gesamtdeutsche Wahlen sein.

In der letzten Woche haben sich sowohl der amerikanische Präsident Eisenhower wie der britische Premierminister Churchill gegen Viermächteverhandlungen im gegenwärtigen Zeitpunkt ausgesprochen.

Vater Staat finanzierte den Streik

Aufschlußreiches Gegenstück zu kommunistischer Praxis

London (Eigenbericht). Nach vierwöchiger Dauer ist in England der Hafendarbeiterstreik, der acht große Häfen lahmgelegt hatte, durch einen Kompromiß beendet worden. Schon die Dauer und der Abschluß dieses Streiks bilden einen aufschlußreichen Gegensatz zu der Haltung der Pankower SED-Machthaber gegenüber streikenden Arbeitern. Aber mehr noch: Die britischen Hafendarbeiter streikten nicht nur, ohne daß man ihnen mit Gewalt entgegentrat. Vater Staat zahlte auch noch Unterstützung für ihre Familien!

Der britische Minister für das Pensions- und Versicherungswesen gab dieser Tage bekannt, daß an über 5000 Familien von Streikenden Fürsorgeunterstützungen in Höhe von insgesamt 17 000 Pfund Sterling, das sind über 200 000 DM, gezahlt worden seien.

Nach der Gesetzgebung des englischen Wohlfahrtsstaates ist das ganz in Ordnung. Die Mas-

senblätter gaben ihren Lesern denn auch genaue Anweisungen, was man zu tun hat, um die staatlichen Fürsorgezahlungen zu erhalten. Der Streikende selbst kann zwar nur in Ausnahmefällen Unterstützung für sich in Anspruch nehmen; aber seine Ehefrau und seine Kinder sind ja nicht im Streik, und wenn sie bedürftig sind, tritt Vater Staat für den Hausvater ein und zahlt. Zunächst einmal beglich er die Miete, dann sorgte er dafür, daß Mutter auch etwas Wirtschaftsgeld bekam. Eine Familie mit drei Kindern zwischen elf und 16 Jahren beispielsweise erhielt neben der Miete wöchentlich 95 Shilling (rund 57 DM). Kein Wunder, wenn die Lebensmittelhändler in den Gegenden, in denen die Mehrzahl der Hafendarbeiter wohnt, erklärten, daß ihr Geschäft kaum nachgelassen habe. Schlechter ging es den Tabakläden und den Kneipen.

Um die Fürsorgezahlungen zu erhalten, mußten die Antragsteller einen Bedürftigkeitsnachweis führen. Aber die Bedingungen waren sehr großzügig. Ersparnisse bis zur Höhe von ungefähr 1000 DM beeinträchtigten den Anspruch auf Unterstützung nicht, und auch höhere Ersparnisse hatten nur zur Folge, daß die Unterstützungssumme um etwa den Zinsbetrag des Kapitals herabgesetzt wurde.

Mrs. Somerlatte wehrte sich

Diplomatische Verwicklungen um eine Ohrfeige

Washington (AP/DPA). Die USA haben eine sowjetische Forderung nach Abberufung der Ehefrauen von zwei Angehörigen der Moskauer US-Botschaft abgewiesen.

Nach amerikanischer Darstellung hatte sich folgender Vorfall in der sowjetischen Hauptstadt abgespielt: Auf einem Spaziergang baten die Frauen des zweiten Botschaftssekretärs Somerlatte und des stellvertretenden Marineattachés Stiff mehrere Arbeiterinnen um die Erlaubnis, sie fotografieren zu dürfen. Als die Russinnen ablehnten, traten zwei Männer in Zivil hinzu und erboten sich, den beiden Amerikanerinnen interessantere Motive in einem Klubhaus zu zeigen. Da die beiden Amerikanerinnen in dem Gebäude nichts Bemerkenswertes sahen, wollten sie wieder gehen, doch hinderten die bei-

den Männer, offenbar Agenten der Geheimpolizei, die Amerikanerinnen am Verlassen des Klubs. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem Mrs. Somerlatte dem einen Russen eine Ohrfeige gab. Obwohl die beiden Amerikanerinnen ihre Diplomatentpapiere vorzeigten, wurden sie erst freigelassen, als Mr. Somerlatte erschien und sie abholte.

US-Botschafter Bohlen protestierte noch am gleichen Tag gegen die Festhaltung der beiden Amerikanerinnen. Die Sowjets antworteten in einem Gegenprotest, Mrs. Somerlatte habe sich „flegelhaft“ benommen; die Sowjetunion fordere daher ihre Rückberufung.

In diplomatischen Kreisen Washingtons wird die Forderung auf Abberufung der Frau eines Diplomaten als einzigartig bezeichnet.

Von Swinemünde bis Rossitten

Rückblick auf die Schönheiten der deutschen Ostseebäder jenseits der Oder

So viele Seebäder wie die deutsche Ostseeküste mit ihren vorgelagerten buchtenreichen Inseln aufweist, sind in allen anderen Ostseeländern zusammen auch nicht annähernd anzutreffen. Jetzt sind dem deutschen Volke die meisten seiner beliebten Ostseebäder verschlossen. Die hinterpommerschen und westpreußischen wurden „unter polnische Verwaltung“ gestellt, während sich die ostpreußischen Rußland einverleibt hat.

Mit Swinemünde in Pommern auf der Insel Usedom beginnen die jenseits der Oder-Neiße-Linie gelegenen deutschen Ostseebäder. Die von Friedrich dem Großen an dem schiffahrt-lebenden Hauptmündungsarm der Oder gegründete Stadt war seit Anfang unseres Jahrhunderts das größte Ostseebad Deutschlands. In manchen Jahren zählte es 36 000 Badegäste.

Die Insel Wollin hat bedeutend weniger Badeorte als Usedom. Auf dem rechten Ufer der Swine liegt Osternothafen. Es wurde früher von solchen Badegästen bevorzugt, die Freude daran hatten, vormittags das ungebundene Freibadleben am drei Kilometer langen und hundert Meter breiten Strand zu genießen und nachmittags im weltstädtischen Kurbetrieb Swinemündes unterzutauchen.

Eine zwischen Wasserblau und Waldgrün gelegene Perle unter den deutschen Ostseebädern ist Misdroy. Es war eine Zeitlang sogar das vornehmste Ostseebad und sah zuletzt jährlich über 21 000 Badegäste.

Poberows Badesiedlungen

Einen geruhsamen Badeaufenthalt boten ostwärts von Dievenow das idyllische Walddörfchen Pustchow und die Bauerndörfer Lüchenthin und Hoff sowie das junge Bad Poberow, das durch seine Badesiedlungen sehr schnell bekannt wurde.

An Beschaulichkeit versuchten sich Rewahl, Neuschleffin, Horst, Fischerkathen und Deep zu überbieten. Von ihnen wies Horst, das von einem fünfzig Meter hohen Leuchtturm überragt wird, die größte Fremdenziffer auf. Das zu beiden Seiten der waldumrahmten Regamündung gelegene Deep besaß noch bis zuletzt einige ursprüngliche Niedersachsenhäuser, deren weiße Fachwerkgiebel weithin leuchteten.

Auf dem Küstensaum zwischen Kolberg und Köslin reihen sich

die Seebäder Bodenhausen, Henkenhagen, Sorenbohm, Bauernhufen und Groß Mölln aneinander. Auf den Nehrungen zwischen dem Jasmunder, dem Buckower See und der Ostsee liegen Nest, Deep, Laase und Neuwasser, die von anspruchslosen Badegästen aufgesucht wurden.

Die ehemalige Provinz Westpreußen besitzt an der Danziger Bucht nur verhältnismäßig wenig Seebäder, jedoch hat Zoppot von ihnen immer zu den ersten Badeorten der gesamten Ostseeküste gehört. Es war der Treffpunkt der vornehmen Welt und erfreute sich eines äußerst eleganten Bades Lebens.

Fahrten ins Elchrevier

Die ostpreußischen Seebäder liegen hauptsächlich nördlich von Pillau an der samländischen Küste: Neuhaus, Palmnicken, Sorgenau, War-

nicken, Georgenswalde, Rauschen, Groß-Kühren, Neu-Kühren, Loppöhen und Kranz. Jedes von ihnen hatte seine Sommergäste, auch wenn die Orte nicht alle von so eigenartiger Bedeutung sind wie Palmnicken, wo der Bernstein gewonnen wird, und nicht alle so beliebt und besucht sind wie Rauschen und Kranz. Von den Bädern auf der Kurischen Nehrung gehörten nach der Abtrennung des Memelgebietes nach dem ersten Weltkrieg nur noch Sarkau und Rossitten zu Ostpreußen. Rossitten, das eine bekannte Vogelwarte besaß, wurde vorwiegend von Naturfreunden aufgesucht, da es die Möglichkeit bot, interessante Wagenfahrten ins Elchrevier zu unternehmen.

Von Swinemünde bis Rossitten, es ist wirklich eine recht abwechslungsreiche Seebäderreihe, die den Deutschen nach dem zweiten Weltkriege verschlossen ist. Aber ebensowenig wie wir uns die Erinnerungen an die schönen Sommerferien in diesen Badeorten nehmen lassen, geben wir die Hoffnung auf, daß an ihrem Strand einmal wieder das fröhliche deutsche Badesleben von einst herrschen wird.

20 000 Menschen „zu den Akten“

Sie warten auf die Aussiedlung

Über eine Million deutscher Menschen lebt noch jenseits von Oder und Neiße. Nach zuverlässigen Unterlagen hatten sich bis November 1953 insgesamt 205 286 deutsche Staatsangehörige für eine Aussiedlung aus dem heutigen Polen gemeldet. Hiervon wurden von den polnischen Behörden 175 115 Aussiedlungsanträge noch nicht berücksichtigt oder ihre Antragsteller für eine Aussiedlung nach Deutschland bisher ausgeschlossen.

Obwohl sich damit etwa 30 000 Deutsche berechnete Hoffnungen auf eine baldige Aussiedlung machten, sind seit Bestehen eines im Februar 1952 von der Sowjetzonenregierung

und Polen getroffenen Sonderabkommens schätzungsweise nur 10 000 Personen nach der Sowjetzone ausgesiedelt und mit ihren dort lebenden Familienangehörigen zusammengeführt worden.

Damit wurden die restlichen 20 000 „berücksichtigten“ Aussiedlungsanträge von den Polen anscheinend „zu den Akten“ gelegt. Die Warschauer Regierung will die billigen deutschen Arbeitskräfte nicht abziehen lassen. Die bisher ausgesiedelten Deutschen sind meist arbeitsunfähige und alte Personen, die für den polnischen Staat nur eine Belastung darstellten. Abgesehen von diesem polnisch-sowjetzonalen Abkommen wurden seit Kriegsende insgesamt 44 394 Personen aus sämtlichen deutschen Ostprovinzen nach Westdeutschland ausgesiedelt.

Schiffe für die Sowjetunion

Berlin (Eigenmeldung). Zu Beratungen über den Abschluß eines langfristigen Abkommens über den Bau von Schiffen auf den Werften der Sowjetzone für sowjetische Rechnung befindet sich eine Delegation leitender Funktionäre der Sowjetzone in Moskau.

Nach einem Bericht dieser Delegation haben die Sowjets in den ersten Verhandlungen die Absicht geäußert, während der Dauer des geplanten Abkommens vom 1. Januar 1955 bis zum 31. Dezember 1959 auf sowjetzonalen Werften folgende Schiffe herstellen zu lassen: 28 seegängige Fracht-, Passagier- und Kühlschiffe, 14 Flußfahrergastschiffe, 132 Fischereifahrzeuge und 193 Binnenschiffe.

Er hatte genug

Berlin (AP). Nach Westberlin geflüchtet ist der 23jährige Pressechef des Sowjetzonen-Außenministeriums, Scheer, wie der Untersuchungsausschuß freiheldlicher Juristen bekanntgab.

Typhus-Epidemie greift um sich

Ursache: Ungenügend entkeimte Milch

Berlin (Eigenbericht). Die seit einiger Zeit im Bezirk Potsdam und in Trebbin grassierende Typhus-Epidemie scheint nach vorliegenden Meldungen auch auf die Kreise Nauen und Zossen übergreifen. Für die von der Seuche bedrohte Bevölkerung wurden von der Zentralstelle Hygiene in Potsdam Tabletten herausgegeben, und zwar ausschließlich für Schulkinder und Berufstätige. Bisher wurden 274 Erkrankungen bekannt.

Die Ursache der Epidemie wird auf die Beschädigung eines Durchlauferhitzers für die Pasteurisation der Milch in der Molkereigenossenschaft (VEB) zurückgeführt, so daß die nicht entkeimte Milch an die Verbraucher gelangte. Erst nach Ausbruch der Epidemie wurde die Bevölkerung vor dem Genuß roher Milch gewarnt.

SSD-Agenten verhaftet

Berlin (AP/DPA). Die Westberliner Kriminalpolizei hat den 32jährigen Walter Gusella aus Schwerin wegen Spitzeltätigkeit

Einheitsparolen in der Praxis

Leipzigs „Deutsche Bücherei“ als Beispiel

Was würde ein Franzose sagen, wenn er in Lyon französische Literatur und Pressepublikationen nur mit einer staatlichen Genehmigung lesen dürfte? Und wenn diese staatliche Genehmigung nur erteilt würde, nachdem er nachgewiesen hätte, daß er die Veröffentlichungen zu wissenschaftlichen Zwecken benötigte?

Wer in Leipzig die „Deutsche Bücherei“ aufsucht, die sich vor Jahren mit Recht und heute zu Unrecht „Deutsche Nationalbibliothek“ nennt, der muß erfahren, daß man zwar in der Großstadt an der Pleiße deutsch spricht, aber nicht mehr uneingeschränkt deutsche Literatur lesen darf. Nicht einmal in dem Hause, das seit 1913 sämtliche deutschsprachigen Publikationen sammelt.

Die jungen Bibliothekarinnen in dem Riesenbau sind freundlich und hilfsbereit. Aber wenn man nach einer Neuerscheinung

des westdeutschen Buchmarktes fragt, dann wird stereotyp gefordert: „Bringen Sie uns eine Genehmigung, daß Sie die Veröffentlichung zu wissenschaftlichen Zwecken benötigen.“

Die „Deutsche Bücherei“ überstand den Krieg. „Nur“ 50 000 Zeitschriften verbrannten. Seit 1913 schickte jeder Verleger ein Sammel-exemplar von jedem bei ihm erscheinenden Buch mit den nötigen Daten nach Leipzig. Die größte und umfassendste deutsche Bibliothek ist so entstanden. Aber der größere Teil der Neuerscheinungen seit 1945 ist in diesem Hause hinter einem eisernen Vorhang verschwunden. Die Gegenwart existiert nicht. Sie ist einfach nicht vorhanden. Wer in der Sowjetzone lebt und gelegentlich nach Leipzig kommt, wird immer wieder versuchen, in der „Deutschen Bücherei“ Einblick in die Literatur des anderen Deutschland zu erhalten. Die jungen Bibliothekarinnen sind es gewohnt, die Köpfe zu schütteln und mit den Achseln zu zucken, wenn nach einem neuen Buch von Rudolf Alexander Schröder oder Hermann Hesse gefragt wird, das in der Bundesrepublik erschienen ist, gar nicht zu reden von der mittleren und jüngeren Generation in der deutschen zeitgenössischen Literatur.

Diese Situation ist absurd. Mehr noch: sie ist beschämend.

Düsenjäger für Volkspolizei

Berlin (Eigenmeldung). Dieser Tage sind 14 sowjetische Düsenjäger vom Typ MIG 14 C über Frankfurt/Oder in der Sowjetzone eingetroffen. Sie waren als Nachschubmaterial für die Rote Armee deklariert, wurden aber den Luftwaffeneinheiten der Volkspolizei zur Verfügung gestellt.

In der vergangenen Woche kehrten 17 Volkspolizei-Offiziere aus der UdSSR zurück, wo sie an einem dreimonatigen Lehrgang der sowjetischen Luftwaffe teilgenommen hatten.

Neue Schikane

Berlin (DPA). Zurückgebliebene Angehörige von Flüchtlin-

gen aus der Sowjetzone dürfen, wie der Untersuchungsausschuß freiheldlicher Juristen erfährt, künftig bei ihrer eigenen Übersiedlung in die Bundesrepublik Möbel und anderen persönlichen Besitz nicht mehr mitnehmen.

Mehr Reisen

Trotz des schlechten Sommerwetters sind die Westberliner mehr bereit als in den vorangegangenen Jahren. Das ist das Fazit einer Umfrage bei verschiedenen Berliner Reisebüros. Man schätzt, daß die Zahl der Reisenden etwa um zwanzig Prozent gegenüber den Vorjahren gestiegen ist.

Berufsausbildung ohne Perspektive

Volkspolizei wartet auf Spezialisten — Betrug an der Jugend

Zehntausende von Lehrlingen haben in diesen Tagen ihre Facharbeiterprüfung in der sowjetzonalen Industrie absolviert. Für viele von ihnen lag die Enttäuschung gleich neben dem Abschlußzeugnis: Ihr Betrieb ist nicht in der Lage, sie als Facharbeiter zu beschäftigen, geschweige denn, ihnen die oftmals versprochene Ingenieur- oder Meister-Laufbahn zu geben. Man empfiehlt ihnen, in „artverwandten“ Betrieben die Arbeit aufzunehmen, zum „Jugendbau“ nach Trattendorf zu gehen oder die Zeit bis zur Einplanung in den Betriebsapparat in der Kasernierten Volkspolizei zu überbrücken.

Die FDJ hat inzwischen bereits die ersten Verhaltensmaßregeln für ihre Betriebsorganisationen ausgegeben: Keine Mißstimmung oder feindlichen Ansichten aufkommen lassen! Mit den Jugendlichen diskutieren und erklären, daß es sich nur um vorübergehende Schwierigkeiten handelt! Und ganz „zufällig“ sind in allen Betrieben wieder die KVP-Werber aufgetaucht, die sich in der Mittagspause an den Kantinentisch setzen, um „sich nur mal eben ein bißchen zu unterhalten“. Sie bringen konkrete Versprechungen mit: „Kommt für zwei Jahre in die Kasernierte Volkspolizei, und wir garantieren bevorzugte Einstellung am alten Arbeitsplatz. Die Dienstjahre werden euch vom Betrieb angerechnet. In der

KVP könnt ihr in technischen Einheiten Unterkommen finden!“

Noch in keinem Jahr hat die KVP so deutlich gesagt, was sie will. Und den Jugendlichen wird allmählich klar, was SED und FDJ verschweigen:

Die „volkseigene“ Industrie bildet seit anderthalb Jahren weitaus mehr Facharbeiter heran, als sie braucht. Von den Verantwortlichen wird fest eingeplant, daß ein erheblicher Prozentsatz dieser Jugendlichen zur Kasernierten Volkspolizei gehen wird oder gehen muß.

Oft fehlen „nur“ die Schrauben ...

Der Materialmangel der sowjetzonalen Industrie

Der sogenannte „Milliardenplan“ soll die Bevölkerung der „DDR“ mit zusätzlichen Gütern des täglichen Bedarfs versorgen. Aus Abfällen der Produktion und anderen zur Verfügung stehenden Rohstoffen sollen Güter des täglichen Bedarfs hergestellt werden. Aber wie kann man zusätzlich etwas herstellen, wenn durch den ständigen Materialmangel noch nicht einmal der normale Plan erfüllt werden kann?

Kleinigkeiten, die fehlen, rufen noch immer die größten Produktionsstörungen hervor. Ein besonderer Engpaß ist zum Beispiel die Versorgung der Industrie und des Handwerks mit Befestigungsmitteln wie Schrauben, Muttern und Nieten. Mit

Dann hat die Armee sofort „Spezialisten“, über die sie heute in zu geringem Maße verfügt.

Denn wie war das in den ersten Jahren der KVP? Rekrutiert wurde, wer freiwillig ging, wer keine Arbeitsstelle nach der Schulentlassung bekam und wer auf dem Land als Traktorist oder Landarbeiter durch weibliche und ältere Kräfte zu ersetzen war. Es fehlt aber der Rekrut mit abgeschlossener Maschinenschlosser- oder Elektrotechnik - Ausbildung.

Jetzt ist alles anders. Man hat eben weitaus mehr Lehrstellen geschaffen, als man Facharbeiter benötigen wird.

Diskussionen, Überprüfungen und der Einsetzung von Sonderbeauftragten sind sie offenbar nicht heranzuschaffen. Auch die Verurteilung von ein paar Sündenböcken konnte keine Besserung bewirken.

Aus Angst vor Bestrafung wegen Nichterfüllung des Planes schreiten die Betriebsleiter häufig zur Selbsthilfe. Das volkseigene Autoreparaturwerk in Pankow z. B. hat für die Stadt Rostock 50-Lkw-Motoren instand zu setzen. Da keine Schrauben und Muttern von der zuständigen Handelszentrale geliefert wurden, muß der Betrieb jedes einzelne Stück selbst herstellen, um einer hohen Vertragsstrafe zu entgehen. Die Selbstanfertigung der vielen kleinen Einzelteile durch die Betriebe erhöht die Selbstkosten, gefährdet die Rentabilität und führt zu Verlustgeschäften.

Der VEB Bergmann-Borsig hat Elektronen-Turbinen und Generatoren zu liefern, die die Kapazität der sowjetzonalen Kraftwerke erhöhen sollten, um damit trotz der Abschaltungen die Stromversorgung während des Winters einigermaßen sicherzustellen. Aus Mangel an Schrauben konnte bisher eine Auslieferung nicht erfolgen. Es zeigt sich also die verblüffende Tatsache, daß eine Verkürzung der „Verdunklungsstunden“ in der Zone nicht möglich ist — weil Schrauben fehlen.

Wieder Heimkehrer eingetroffen

Berlin (Eigenbericht/AP/DPA). Eine Gruppe von 56 Heimkehrern aus der Sowjetunion traf letzte Woche in Berlin ein. Sie kamen aus dem Lager 5110/48 Ramenskoje - Iljinskoje bei Moskau. Ein Teil von ihnen reiste nach Westdeutschland weiter.

Wie aus dem Innenministerium der Sowjetzonen-Regierung verlautete, werden in den nächsten Wochen in Frankfurt a. d. Oder weitere Kriegsgefangene aus der Sowjetunion erwartet. Außerdem soll eine

Reihe Zivilgefangener und Zivilinternierter aus verschiedenen Arbeitslagern der UdSSR in Kürze entlassen werden.

Der Regierende Bürgermeister Dr. Schreiber und der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Suhr, empfingen 30 der aus der Sowjetunion zurückgekehrten ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen. In einer längeren Unterhaltung, der auch der Senator für Sozialwesen, Kreil, beiwohnte, berichteten die Heimkehrer über die Verhältnisse in den sowjetischen Gefangenenlagern.

10 000 Bücher laden ein

Internationale Buchausstellung in Berlin

Im Charlottenburger Schloß wurde die einzige internationale deutsche Buchausstellung eröffnet. In Regalen, Vitrinen und auf Tischen laden 10 000 Bücher zum Lesen ein. Übersichtlich nach Sachgebieten geordnet, geschmackvoll aufgemacht, geben sie einen instruktiven Einblick in das Schaffen der deutschen Verlage.

Aber auch das Ausland ist vertreten; Spanien, Frankreich, England, Österreich und die Schweiz. Hier wurden die Bücher unter dem Blickwinkel des Interesses für Berlin ausgewählt.

Etwa 50 Prozent der deutschen Bücher sind Neuerscheinungen.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

nungen dieses Jahres. Daneben stehen die bewährten Werke der früheren Produktion. Die Belletristik und das Sachbuch stehen im Vordergrund. Fachbücher und wissenschaftliche Literatur sind weniger zahlreich vertreten. Besondere Liebe hat man auf die Ausgestaltung der Räume für die Kinder- und Jugendbücher gelegt. An Ort und Stelle kann gelesen werden. Eine Wanderausstellung zeigt die schönsten deutschen Bücher des Jahres 1953, die graphisch schönsten österreichischen und Schweizer Bücher schließen sich an. Das Landesarchiv Berlin bietet eine Sonderschau mit Dokumenten, Stichen und literarischen Zeugnissen aus der Geschichte Berlins.

Es ist besonders erfreulich, daß die deutschen Verlage sich in diesem Jahr, im Bewußtsein, daß eine Buchausstellung in Berlin nicht nur einen Werbezweck, sondern auch eine kulturpolitische Aufgabe hat, so

zahlreich beteiligt haben. So erhält diese Ausstellung neben der Frankfurter Buchmesse einen einmaligen repräsentativen Charakter. Übrigens haben die Verlage ihre Bücher nicht nur leihweise zur Verfügung gestellt. 80 Prozent der ausgestellten Werke sind ein Geschenk. Sie werden nach der Ausstellung, die zunächst nur bis zum 14. November geöffnet bleibt, an Berliner und Bewohner der Sowjetzone verschenkt werden. Die Berliner Buchhändler haben noch ein Übriges dazu getan: jeder 200. Besucher erhält ein Buch zum Geschenk.

Veranstalter der Ausstellung sind die Berliner Verleger und Buchhändlervereinigung mit dem Senat, dem Kulturkreis Berlin und dem Gesamtdeutschen Ministerium.

Wachsendes Interesse am Fernsehen

Über 120 000 Geräte in diesem Jahr

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden in der Bundesrepublik 64 738 Fernsehgeräte hergestellt gegenüber 52 538 im Gesamtjahr 1953. Die Erzeugung seit der Produktionsaufnahme beträgt 122 386 Geräte. Für das laufende Jahr rechnet die Industrie mit einer Produktion von mindestens 120 000, voraussichtlich sogar 140 000 Geräten. Für 1955 wird die Produktion auf etwa 300 000 und für 1956 auf 500 000 Geräte veranschlagt.

Evangelische Akademie

Auf der 3. westdeutschen Kirchenkonferenz wurde in Bremen mitgeteilt, daß eine evangeli-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Nobelpreis für Hemingway

Der diesjährige Nobelpreis für Literatur ist dem amerikanischen Autor Ernest Hemingway zuerkannt worden.

Er hat in allen seinen Werken das Leben so gestaltet, wie er es mit seinen Augen gesehen hat, wie es durch seine Erfahrungen ihm bedeutsam wurde; von der „Fiesta“ (1926) bis zu seinem bisher wohl bedeutendsten Werk „Der alte Mann und das Meer“ (1952).

Das Prinzip seines Schaffens, wie es sich in seinen Helden und in seinem Stil verwirklicht hat: das Leben muß immer wieder bezwungen werden, es muß am kurzen Zügel gehalten werden, damit die Kontrolle nicht verlorengeht. Hinter der harten Welt seiner Menschen aber steht eine echte Ritterlichkeit, Liebe und Mitleiden mit diesen Menschen „am Nullpunkt des Seins“.

sche Akademie für Rundfunk und Fernsehen gegründet werden solle, um den Autoren nachwuchs für den Kirchenfunk auszubilden.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 9202 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.